
Kommentar zur Stellungnahme der GMK-Landesgruppe zur Situation der Medienbildung in Baden-Württemberg

Die Aktion Jugendschutz (ajs) begrüßt und unterstützt die Stellungnahme der Landesgruppe der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK). Aus Perspektive des Kinder- und Jugendschutzes ist die geforderte Medienbildung in Schule wie auch im außerschulischen Bereich unabdingbar, um Kinder und Jugendliche in einer digitalisierten Welt adäquat zu begleiten und ihnen Medienkompetenz zu vermitteln. Dies kann nicht nur punktuell in Projekten oder abhängig vom individuellen Interesse der pädagogischen Fachkräfte geschehen, sondern sollte zum Standard in den Bildungseinrichtungen werden. Dass dies eine entsprechende und verpflichtende Verankerung in der Ausbildung aller pädagogischen Berufe erfordert, versteht sich von selbst. Ebenso notwendig sind regelmäßige Angebote zur Weiterqualifizierung in diesem Feld.

Die Aktion Jugendschutz unterstützt ebenfalls die Aussage, dass medienpädagogische Angebote für Eltern dringend erforderlich sind. Sie sind aufgrund ihrer eigenen Mediennutzung, insbesondere im Umgang mit den neuen Medien verunsichert oder überfordert und brauchen Unterstützung für ihr erzieherisches Handeln. Wir verweisen hier auf die Erfahrungen des „LandesNetzWerks für medienpädagogische Elternarbeit“, in dem seit 2001 von der ajs qualifizierte Referent/innen medienpädagogische Angebote für Eltern machen, die eine große Resonanz haben. Das Netzwerk wurde zunächst mit Projektmitteln des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg realisiert. Inzwischen sind die Weiterentwicklung und fachliche Begleitung des „LandesNetzWerks“ fester Bestandteil der Tätigkeit des Medienreferats der ajs. Der „Eltern-Medien-Trainer“ – ein Angebot der Aktion Jugendschutz in Niedersachsen – konnte von den Erfahrungen in Baden-Württemberg profitieren.

Neben der kontinuierlichen Weiterqualifizierung der Referent/innen des „LandesNetzWerks“, ist eine wichtige Aufgabe der ajs, das Netzwerk zu erweitern und für „Nachwuchs“ zu sorgen. Hierfür werden zukünftig sicherlich sowohl weitere Mittel wie auch die strukturelle Absicherung der Arbeit z.B. durch Deputate bei den pädagogischen Fachkräften notwendig sein.

Barbara Tilke
stellv. Geschäftsführerin

Elke Sauerteig
Fachreferat Medien

14. Mai 2008